

Beiträge zum Thema
Widerstand

BERLIN

25

SUSANNE MILLER

Sozialistischer Widerstand im Exil
Prag – Paris – London

INFORMATIONSZENTRUM BERLIN
GEDENK- UND BILDUNGSSTÄTTE STAUFFENBERGSTRASSE

Beiträge zum Thema Widerstand

Herausgegeben vom
Informationszentrum Berlin
Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße

- Heft 1 Andreas Biss, List als Mittel des Widerstandes 5. Aufl. 1982
Heft 2 Ludwig Rosenberg, Widerstand aus der Sicht der Emigration 3. Aufl. 1982
Heft 3 Rudolf Küstermeier, Der rote Stoßtrupp 4. Aufl. 1981
Heft 4 Werner Koch, Der Kampf der Bekennenden Kirche 4. Aufl. 1983
Heft 5 Georg Holmsten, 20. Juli 1944 – Personen und Aktionen 5. Aufl. 1983
Heft 6 Ilse Rewald, Berliner, die uns halfen, die Hitlerdiktatur zu überleben 4. Aufl. 1982
Heft 7 Heinz Galinski/Dietrich Stobbe, Das Gedenken mahnt 1. Aufl. 1978 (vergriffen)
Heft 8 . . . für immer ehrlos – Aus der Praxis des Volksgerichtshofes 3. Aufl. 1981
Heft 9 Heinrich Bücheler, Generaloberst Erich Hoepner und die Militäropposition gegen Hitler 2. Aufl. 1981
Heft 10 Fritz Eberhard, Arbeit gegen das Dritte Reich 3. Aufl. 1981
Heft 11 Ernst Fraenkel, Der Sinn illegaler Arbeit 2. Aufl. 1982
Heft 12 Maria Lahusen, Verurteilt wegen Heimtücke 2. Aufl. 1982
Heft 13 Detlev Peukert, Der deutsche Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich 3. Aufl. 1981
Heft 14 Anna Sabine Halle, „Die Gedanken sind frei. . .“ 2. Aufl. 1982
Heft 15 Inge Deutschkron, Berliner Juden im Untergrund 4. Aufl. 1984
Heft 16 Wolfgang Wippermann, Antifaschismus in der DDR: Wirklichkeit und Ideologie 1. Aufl. 1980
Heft 17 Detlev Peukert, Alltag unterm Nationalsozialismus 1. Aufl. 1981
Heft 18 Adam Wolfram, Bergarbeiter im Widerstand 1. Aufl. 1983
Heft 19 Wolfgang Wippermann, Die Berliner Gruppe Baum und der jüdische Widerstand 2. Aufl. 1982
Heft 20 Richard Löwenthal, Die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ 1. Aufl. 1982
Heft 21 Walter Uhlmann, Metallarbeiter im antifaschistischen Widerstand 2. Aufl. 1984
Heft 22 Erich Klausener, Zum Widerstand der Katholiken im Dritten Reich 1. Aufl. 1983
Heft 23 Bodo Scheurig, Walther von Seydlitz-Kurzbach – General im Schatten Stalingrads 1. Aufl. 1983
Heft 24 Kurt Hermann Mendel, „Blick in die Zeit“ 1. Aufl. 1984

Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße
Stauffenbergstraße 14
1000 Berlin 30

Redaktion: Nicolaus Starost
Druck: Felgentreff & Goebel

© 1984 Informationszentrum Berlin
ISSN 0175-3592

Der Widerstand sozialistischer Exilgruppen gegen den Nationalsozialismus*

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus hatte das Ziel, dessen Herrschaft zu schwächen und ihn schließlich zu beseitigen. Zum Widerstand gehörte auch, den Verfolgten und den Bedrohten zu helfen. Diese Ziele waren allen Gruppen und einzelnen Personen, die zum Widerstand zu rechnen sind, gemeinsam. Nicht zu übersehen ist jedoch, daß trotz dieser Gemeinsamkeit zwischen den Gruppen des Widerstandes tiefgehende Unterschiede bestanden. Sie betrafen die politischen und weltanschaulichen Motive ihrer Gegnerschaft zum Nationalsozialismus, ihre Vorstellungen von der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung nach Hitlers Sturz, ihre Arbeitsmethoden im Widerstand und vor allem die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, ihre Ablehnung des NS-Regimes und ihr Bemühen um dessen Beseitigung zum Ausdruck zu bringen.

Wegen der fundamentalen Unterschiede zwischen den Gruppen des Widerstandes in den genannten und in anderen Punkten konnte es nicht zu einem einheitlichen, geschlossenen Widerstand gegen den Nationalsozialismus kommen, obwohl – und auch das muß betont werden – an der Vorbereitung des gescheiterten Aufstandsversuchs vom 20. Juli 1944 Gruppen und Einzelpersonlichkeiten verschiedener Herkunft und unterschiedlichen Denkens teilnahmen. Der Entschluß zu diesem Aufstand ist in einem späten Stadium der NS-Herrschaft gefaßt worden; der Kreis, der diese Pläne entwickelte und zu deren Umsetzung bereit war, kann nicht als charakteristisch für *den* deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus angesehen werden. Dieser Feststellung widerspricht in keiner Weise die Tatsache, daß der 20. Juli 1944 unter den Widerstandshandlungen gegen das NS-Regime herausragt, denn dieser Staatsstreichversuch, wäre er geglückt, hatte – im Gegensatz zu anderen Widerstandshandlungen – eine reale Chance, das Regime zu stürzen. Die Tatsache, daß er erst spät erfolgte, mindert nicht den tiefen Respekt vor den Männern und Frauen, die an der Verschwörung vom 20. Juli 1944 beteiligt waren und ihre Freiheit, ihr Leben und ihr persönliches Glück diesem Entschluß opferten.

Zu dem Kreis des 20. Juli gehörten auch Männer der Arbeiterbewegung: Julius Leber, Carlo Mierendorff, Theodor Haubach, Adolf Reichwein, Wilhelm Leuschner, um nur die bekanntesten zu nennen. Sie waren bedeutende, geistig unabhängige Persönlichkeiten von hoher Moral und großem Mut. Doch trotz ihrer Verbundenheit mit der Sozialdemokratie, der sie in der Weimarer Republik oder schon vorher beigetreten waren, wäre es verfehlt, nur sie als die Repräsentanten des sozialistischen Widerstands anzusehen. Dieser Widerstand wurde von vielen, zum großen Teil heute leider vergessenen Männern und Frauen getragen und stützte sich im wesentlichen auf die von den Nationalsozialisten bekämpften und verbotenen Organisationen. Es handelte sich dabei meist um einfache Mitglieder – hauptsächlich um Arbeiter und Angestellte – und somit um Personen ohne Macht und Einfluß.

* Vortrag in der Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße am 14. Juni 1983

Der Widerstand der Mitglieder der zerschlagenen Arbeiterorganisationen – der sozialistischen wie der kommunistischen – trug Kennzeichen, die auf andere Widerstandsgruppen nicht zutreffen. Ich nenne einige dieser Kennzeichen, die mir für mein Thema wesentlich zu sein scheinen:

Merkmale des Arbeiterwiderstands

1. Der Arbeiterwiderstand setzte am frühesten ein. Er war die Fortsetzung des Kampfes, den die Arbeiterorganisationen in der Weimarer Republik gegen die Nazis geführt hatten. Dieser Kampf war erfolglos geblieben, und es ist bis heute eine heiß umstrittene Frage, ob er mit den richtigen Mitteln und mit hinreichender Entschiedenheit geführt worden ist. Keinen Zweifel kann es jedoch daran geben, daß die Sozialdemokratische Partei ebenso wie die links von ihr stehenden kleinen sozialistischen Organisationen die kompromißlosesten Gegner der Nazis waren.

Von ihrer Ablehnung des Nationalsozialismus war der Entschluß der Sozialdemokraten am 23. März 1933 bestimmt, als einzige Fraktion des Reichstags – den Kommunisten war das Mandat aberkannt worden, und sie hatten keinen Zutritt zu der Sitzung –, dem „Ermächtigungsgesetz“ die Zustimmung zu verweigern. Dieses „Ermächtigungsgesetz“ setzte die Weimarer Verfassung teilweise außer Kraft. Durch ihr „Nein“ zu diesem Willkürakt wollten die Sozialdemokraten in einer für sie bereits äußerst gefährlichen Lage ihre Treue zu einem demokratischen Rechtsstaat dokumentieren.

2. Der Arbeiterwiderstand hat die meisten und die schwersten Opfer gefordert. Das Konzentrationslager Dachau, Modell für viele weitere, wurde bereits im März 1933 errichtet, und zwar für politische Häftlinge. Das „Verbrechen“ der meisten dieser Häftlinge bestand einzig und allein darin, daß sie Mitglieder oder Funktionäre kommunistischer, sozialdemokratischer oder gewerkschaftlicher Organisationen waren. Viele Kommunisten und Sozialdemokraten wurden bald nach dem Machtantritt Hitlers von der SA und anderen Nazischlägergruppen auch außerhalb der Gefängnisse und Konzentrationslager überfallen, mißhandelt und ermordet.
3. Der Arbeiterwiderstand war nach der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen aller Machtmittel beraubt worden. Das faktisch einzige Mittel des Widerstandes der Bevölkerungsschichten, die keinen Zugang zu Machtpositionen hatten, war das Wort, das gesprochene, das geflüsterte und das geschriebene Wort. Es konnte nur heimlich verbreitet werden und nur unter Menschen, von denen keine Denunziationen bei Nazistellen zu befürchten waren.
4. Die Widerstandsarbeit sozialistischer Gruppen war darauf angewiesen, durch ihre Vertreter im Ausland unterstützt zu werden. Bei keiner anderen Form des Widerstands fand dieses enge Zusammenwirken zwischen Menschen in der Heimat und ihren Gesinnungsgenossen im Exil statt.

Die Flucht ins Exil war für die meisten politischen Gegner des Nationalsozialismus oft nicht nur die einzige Möglichkeit, ihr nacktes Leben zu retten, es war auch für viele die einzige Möglichkeit, ihren Kampf gegen das NS-Regime fortzusetzen. Es war für sie nicht eigentlich eine Emigration, eine Auswanderung, die ja

meist die Absicht beinhaltet, die Heimat zu verlassen, um in einem anderen Land Fuß zu fassen und sich dort eine neue Existenz für sich und die Familie aufzubauen. Die Menschen hingegen, die in der NS-Zeit in einem fremden Land Asyl fanden – oft nach einer höchst gefährvollen Flucht, um dort weiter gegen das verbrecherische Regime zu kämpfen, das sich in ihrer Heimat etabliert hatte –, waren keine Auswanderer. Sie betrachteten ihr Asylland als eine vorübergehende Zuflucht und Wirkungsstätte, die sie wieder aufgeben wollten, wenn die Verhältnisse in Deutschland das zuließen.

„Emigranten“ waren politische Flüchtlinge und Vertriebene

Ein Wort über die sogenannte Emigration nach Hitlers Machtantritt: Im weiteren Sinne war sie eine Vertreibung von Menschen, die aus *politischen* Gründen ein Asyl suchten. Auch die Juden haben Deutschland wegen der politischen Verhältnisse verlassen, und diejenigen, welche aus den unterschiedlichsten Gründen blieben – von wenigen Ausnahmen, die dem Holocaust durch Flucht in Untergrund und Illegalität entkamen, abgesehen – wurden von den Nazis verfolgt und schließlich auf die grauenhafteste Weise ermordet, nur weil sie Juden waren. Deutschland war ihre Heimat, sie waren ein Teil der deutschen Gesellschaft, sie fühlten sich dem deutschen Volk zugehörig. Die meisten deutschen Juden wären hier geblieben, wenn sie nicht durch den Rassenwahn der Nazis vertrieben worden wären. Die Juden bildeten die größte Gruppe der Flüchtlinge aus Deutschland und später aus Österreich; im weiteren Sinne waren sie politische Flüchtlinge, nicht Auswanderer aus freiem Entschluß.

Wenn ich nun über den Widerstand sozialistischer Exilgruppen gegen den Nationalsozialismus spreche, so wende ich mich der Tätigkeit von Organisationen zu, die von ihrem Asylland aus aktiv den politischen Kampf gegen das NS-Regime führten. Sie waren politische Flüchtlinge im engeren Sinn.

Am 4. Mai 1933 beschloß der im April neu gewählte Vorstand der SPD, daß ein Teil seiner Mitglieder Deutschland verlassen solle, um sich außerhalb des NS-Machtbereichs in Sicherheit zu bringen und in engem Kontakt mit den in Deutschland gebliebenen Genossen die weitere Arbeit zu leiten. Unmittelbarer Anlaß zu diesem Beschluß war die Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis am 2. Mai 1933. Die Gewerkschaften waren der Illusion erlegen, daß sie durch eine gewisse Anpassung an das neue Regime ihre Existenz als Organisation bewahren könnten und hatten ihre Mitglieder aufgefordert, sich an den von den Nazis angeordneten Demonstrationen am 1. Mai zu beteiligen. Die brutale Reaktion der Regierung auf die von vielen Gewerkschaftsmitgliedern als beschämend empfundene Kompromißbereitschaft der Gewerkschaftsführung ließ nun keinen Zweifel daran, daß die Nazis rücksichtslos alle unabhängigen Arbeiterorganisationen zerschlagen wollten. Die furchtbaren Vorgänge in den Gefängnissen und Konzentrationslagern und auf den Polizeistationen zeigten zudem, in welcher unmittelbaren Gefahr sich Angehörige der sozialistischen und kommunistischen Organisationen befanden, vor allem diejenigen, die prominente Positionen bekleideten. Die erste Station des Exilpartei-vorstandes der SPD war Saarbrücken, Ende Mai siedelte er nach Prag über.

Bald zeigte sich zwischen den ins Exil gegangenen und den in Deutschland gebliebenen Parteivorstandsmitgliedern ein tiefer Konflikt. Die in Deutschland gebliebe-

nen fürchteten, daß die Tätigkeit des Exilvorstands ihre Lage noch weiter verschlechtern werde. Sie hatten bis zum Verbot der SPD am 22. Juni 1933 immer noch die Hoffnung, daß die Verfolgungsmaßnahmen der Regierung nachlassen würden, wenn oppositionelle Aktionen gegen das Regime unterblieben. Der Exilvorstand schätzte die Lage und seine eigene Verpflichtung jedoch anders ein. In einem Memorandum des Parteivorstandes vom 3. Juni 1933 aus Prag, an sozialdemokratische Vertrauensleute in Deutschland gerichtet, heißt es:

„Die Sozialdemokratie hat nur eine Existenzberechtigung [. . .], wenn sie ihre sozialistische Zielsetzung offen und uneingeschränkt zum Ausdruck bringt und wenn sie unter allen Umständen gewillt ist, für ihre Ziele zu kämpfen. Für eine öffentliche Betätigung in diesem Sinne ist unter der Herrschaft des deutschen Faschismus kein Raum, denn sie kann nur erfolgen im schärfsten Gegensatz zu dem heute in Deutschland herrschenden Regime. [. . .]

[. . .] wenn man der Partei die durch die Groschen der Arbeiter geschaffenen Millionenwerte ihrer organisatorischen Einrichtungen raubt, [. . .] wenn unsere Funktionäre Woche um Woche durch das Land gehetzt werden, wenn man die Frauen und Kinder unserer Genossen als Geiseln festsetzt, wenn jeder sozialdemokratisch Denkende heute in Deutschland außerhalb des Rechts und außerhalb des Gesetzes steht, [wendet man diese unerhörte Not] nicht durch Stillhalten und Schweigen, sie wendet man nur durch die offene Anklage vor der ganzen Welt. Die deutschen Arbeiter können diese Sprache heute nicht führen. Wir aber haben die Pflicht, für sie vor der Welt Zeugnis abzulegen und die Sprache ihrer sozialistischen Überzeugung und Gefühle zu führen, die ihnen das Regime unter unerhörten Drangsalierungen verboten hat.“ (Zitiert nach: Hagen Schulze (Hrsg.): Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 185f.)

Sozialistische Veröffentlichungen im Exil

Was in diesem Manifest, verfaßt noch vor dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933, zum Ausdruck gebracht wird, war allen sozialistischen Exilgruppen gemeinsam: die Überzeugung, dazu verpflichtet zu sein, die Welt über die Vorgänge im Deutschen Reich zu informieren. Nicht nur die SPD, sondern auch die weit kleineren Organisationen wie der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK), die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die Gruppe Neu Beginnen und einzelne parteipolitisch nicht festgelegte sozialistische Gruppen haben in ihren Exilländern in Europa und in Nord-, Mittel- und Südamerika und in China Veröffentlichungen herausgebracht, die über Deutschland unter dem Hakenkreuz berichteten. Die im allgemeinen gleichgültige Weltöffentlichkeit sollte wissen, was die Herrschaft des Nationalsozialismus bedeutete. Vieles hätte man bei sorgfältiger Lektüre sogar den unter strengster Zensur stehenden deutschen Zeitungen entnehmen können, vor allem aber auch ausländischen Blättern. Doch die Berichte, die von den Exilgruppen herausgebracht wurden, stammten größtenteils aus Informationen, die sie von ihren Vertrauensleuten in Deutschland bekamen und die darum Einzelheiten enthielten, die auch von ausländischen Beobachtern der deutschen Szene nicht beachtet und nicht mitgeteilt wurden. So wurde, um nur ein sehr wichtiges Beispiel zu nennen, der erste authentische

Bericht über ein Konzentrationslager in Deutschland von dem Sozialdemokraten Gerhart Seger verfaßt, dem es geglückt war, aus dem Konzentrationslager Oranienburg zu flüchten. Dieser Bericht wurde Anfang 1934 von dem Verlag, den der Exilvorstand der SPD in der Tschechoslowakei gegründet hatte, veröffentlicht.

„Zeugnis ablegen“, wie es in dem vorhin zitierten Manifest des SPD-Exilvorstandes heißt, bedeutete nicht nur, über Tatsachen zu informieren, sondern auch Überzeugungen zum Ausdruck zu bringen, Vorgänge und Entwicklungen zu kommentieren, eine kritische Diskussion über grundsätzliche Standpunkte und deren politische Konsequenzen zu führen und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. All diesen Zwecken dienten die Publikationen der sozialistischen Exilgruppen.

Zusammenarbeit zwischen dem Widerstand in der Heimat und im Exil

Diese Publikationen waren einerseits für politisch interessierte und einflußreiche Kreise in den Asylländern bestimmt, andererseits für die Träger des Widerstands in Deutschland. Die Doppelfunktion der politischen Tätigkeit des sozialistischen Exils erforderte eine enge Zusammenarbeit zwischen den Nazigegegnern in Deutschland und im Ausland. Diese Zusammenarbeit kam trotz des anfänglichen Konflikts, den ich vorhin kurz geschildert habe, zustande. Mitglieder und Funktionäre der früheren sozialistischen Organisationen in Deutschland lieferten heimlich Berichte an ihre Genossen im Ausland und brachten unter großer Gefahr im Ausland hergestelltes Material nach Deutschland, um es dort an zuverlässige Gesinnungsgenossen weiterzugeben. Selbstverständlich konnten die für die Widerstandsarbeit in Deutschland bestimmten Broschüren, Zeitschriften, Flugblätter und Handzettel nicht in der üblichen Form hergestellt werden. Sie wurden in kleinster Schrift auf ganz dünnem Papier gedruckt beziehungsweise vervielfältigt. Die Broschüren erhielten einen Einband, der sie als harmlose Literatur oder Werbeschriften tarnte. Einige Beispiele für solche Tarnumschläge: ein schöner, elegant frisierter Frauenkopf mit der Unterschrift: „Pflegen Sie Ihr Haar?“, ein Titelblatt: „Die Kunst des Selbstrasierens“, Aufschriften mit Titeln aus der antiken Literatur: Julius Caesars „Der gallische Krieg“, Platons „Gastmahl“ – der Phantasie waren in dieser Hinsicht keine Grenzen gesetzt. Selbstverständlich konnten solche Tarnumschläge die Nazikontrolleure nur dann täuschen, wenn sie bloß oberflächlich nachsahen. Sobald sie Verdacht schöpften und diese Broschüren genauer untersuchten, nützten solche Tarnungen nichts, und der Besitzer solcher Broschüren wurde aufs härteste bestraft.

Die schwierigste Arbeit war, das im Ausland hergestellte Material über die Grenze nach Deutschland zu schmuggeln und hier weiterzutransportieren. Die Sozialdemokraten haben schon im Juni 1933 an den deutschen Grenzen Verbindungsstellen eingerichtet, die sogenannten Grenzsekretariate, deren Aufgabe es war, einerseits dem Exilvorstand Nachrichten zu übermitteln, andererseits das von ihm herausgebrachte Material nach Deutschland zu schaffen und dort zu verbreiten. Der Exilvorstand machte Vorschläge, wie dieses Material transportiert werden könnte. Als Verstecke für die Beförderung illegaler Druckschriften wurden empfohlen: Sardinenbüchsen, Taschenlampenbatterien, Garnrollen, Kleider- und Mützenfutter, Rasierapparate, Seifenstücke, Crèmetuben, Brot, Würstdärme, Kinderspielzeug wie Teddybären oder Bälle, Reserveradschläuche, Musikinstrumente usw. Solche Metho-

den wurden tatsächlich auch angewendet. So haben beispielsweise Sozialdemokraten, die während der NS-Zeit in einer kleinen Brotfabrik mit einigen anderen Genossen arbeiteten und Brot ausfuhren, in das Brot illegale Druckschriften eingebakken und zuverlässigen Kunden geliefert.

Hilfe von politischen Freunden im Ausland

Für ihre Widerstandsarbeit gegen das NS-Regime haben deutsche Sozialisten und Gewerkschaftler von zwei Stellen wichtige Hilfe erhalten: von den sudetendeutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei und von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF), deren Sitz in Amsterdam war; vor allem der Generalsekretär der ITF, der Holländer Edo Fimmen, übte großartig Solidarität mit seinen Genossen in den faschistischen Ländern und hat ihren Kampf tatkräftig unterstützt; so wurde beispielsweise mit Rheinschiffen aus Holland und der Schweiz illegales Material transportiert. Leider sind nur wenige Sozialisten und Gewerkschaftler anderer Länder in führenden Positionen dem Beispiel Edo Fimmens gefolgt.

Die Haltung der Regierungen

Die meisten Regierungen der Länder in der damals noch freien Welt haben ihre Beziehungen zu Hitler-Deutschland nicht durch Aktionen belasten wollen, die von dem NS-Regime als feindselig betrachtet worden wären. So hatten es Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland schwer, Asyl zu finden. Das gilt für die, die aus sogenannten „rassischen“ Gründen vertrieben und verfolgt wurden und noch mehr für diejenigen, die sich wegen ihrer politischen Gesinnung und Handlungen ins Ausland retten mußten. Am großzügigsten war die Tschechoslowakische Republik, die zehntausende deutsche und österreichische Flüchtlinge aufnahm und ihnen auch politische Wirkungsmöglichkeiten gewährte. Der sozialdemokratische Exilvorstand konnte in Prag bis 1938 tätig sein. Durch Hitlers Annektierung des Sudetengebiets im Jahre 1938, der bald darauf die Besetzung des ganzen tschechischen Teils des Landes folgte, waren die deutschen und österreichischen Flüchtlinge zum Verlassen der Tschechoslowakei gezwungen. Der SPD-Exilvorstand siedelte 1938 nach Paris über, dann flohen einige Vorstandsmitglieder nach London. Auch Frankreich war zunächst recht großzügig gewesen. In dieses klassische Land der Zuflucht politisch Verfolgter ergoß sich nach 1933 ein wahrer Flüchtlingsstrom. Doch die Bestimmungen für die Aufenthaltsmöglichkeiten von Ausländern wurden in Frankreich nach 1935 verschärft, politische Flüchtlinge wurden sogar ausgewiesen und Tausende zitterten, daß ihnen das gleiche widerfahren könnte. Starr blieben die Einwanderungsbestimmungen in Großbritannien und in den USA. In Großbritannien wurden sie erst nach dem deutschen Einmarsch in Prag gelockert, in den USA nach der Besetzung Frankreichs. Die kleineren Nachbarländer des Deutschen Reichs wollten aus Angst vor Nazi-Deutschland möglichst keine politische Tätigkeit seiner Gegner zulassen, und während des Krieges verhielt sich die neutrale Schweiz ausgesprochen feindselig gegenüber den vom NS-Regime Verfolgten. Der Film „Das Boot ist voll“, der in der Schweiz vor einigen Jahren gedreht wurde, zeigt, wie diese Haltung Menschen das Leben gekostet hat – man schätzt ihre Zahl auf 10 000.

Neben politischen Gründen waren vor allem wirtschaftliche Schwierigkeiten für die Weigerung von Regierungen verantwortlich, Flüchtlinge aus Deutschland und

Österreich und nach Ausbruch des Krieges aus allen von den Nazi-Truppen und -Behörden besetzten Ländern, ins eigene Land hineinzulassen und ihnen Existenzmöglichkeiten zu gewähren. Überall herrschte im Gefolge der Weltwirtschaftskrise eine hohe Arbeitslosigkeit und so bekamen Ausländer nur in bestimmten Fällen eine Arbeitserlaubnis; z. B. durften in England Frauen als Hausangestellte arbeiten. Solche Beschränkungen galten nicht für berühmte Wissenschaftler oder Künstler, obwohl auch sie es in ihren Asylländern nicht leicht hatten. Aber die sozialistischen Flüchtlinge waren weder Wissenschaftler noch Künstler. Sie besaßen zumeist auch keine eigenen ausreichenden Mittel, um sich eine selbständige Existenz aufzubauen. So war für den größten Teil von ihnen das Leben im Exil geprägt von materieller Not, von Sehnsucht nach der Heimat und von der Sorge um die zurückgelassenen Angehörigen und Freunde. Besonders bedrückend für die Flüchtlinge war, daß sie nicht für ihren eigenen Lebensunterhalt aufkommen konnten, sondern auf die äußerst geringe Unterstützung von Hilfsorganisationen oder Freunden angewiesen waren. Manche hielten dieses Leben nicht aus, starben früh oder begingen Selbstmord.

In alle Teile der Welt waren die Menschen verstreut, die wegen der Nazi-Diktatur ihre Heimat verlassen und im Ausland Zuflucht gesucht hatten. Zentren der Flüchtlinge aus Deutschland, später aus Österreich und der Tschechoslowakei, gab es außerhalb Europas in den USA, in Kanada, in Latein-Amerika und sogar in Schanghai. So unterschiedlich die Lebensbedingungen in den einzelnen Asylländern auch waren, eines war ihnen gemeinsam: Nirgends wurden die Flüchtlinge mit offenen Armen aufgenommen, überall war ihr Existenzkampf hart. Auch in den von der Heimat weit entfernten Erdteilen bemühten sich deutsche und österreichische Sozialisten um die Fortsetzung ihres Widerstandes gegen das NS-Regime. So gaben sie in den USA, in Mexiko, in Argentinien politische Zeitungen und Zeitschriften heraus, um damit einen Zusammenhalt der Nazigegner zu schaffen und ihre Umgebung über die Vorgänge in Deutschland zu unterrichten.

Der zweite Weltkrieg

Die größte Katastrophe für die Flüchtlinge aus dem nationalsozialistischen Machtbereich brach in Europa während des Krieges über sie herein. Die meisten Länder ihrer Zuflucht boten ihnen keinerlei Schutz mehr, denn sie wurden von den Nazis beherrscht. Die Juden in den von den deutschen Truppen besetzten Ländern wurden nach Polen deportiert, und die meisten in den Gaskammern von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern umgebracht. Die aus Deutschland geflohenen politischen Gegner der Nazis kamen zumeist in deutsche Konzentrationslager. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rudolf Hilferding wurde 1940 gleich nach seiner Verhaftung in einem Pariser Gefängnis ermordet.

Nach dem Hitler-Stalin-Pakt wurden von der Sowjet-Union etwa 500 deutsche und österreichische Flüchtlinge an die Gestapo ausgeliefert. Es waren fast durchweg Frauen und Männer, die der Kommunistischen Partei angehörten, wegen ihrer politischen Gesinnung in die Sowjetunion geflohen waren und schließlich Opfer des Stalin-Terrors wurden.

Aus meiner eigenen Erinnerung an das Exil in London kann ich berichten, daß auch dort nach der Besetzung Frankreichs – als man mit der Landung deutscher Truppen

auf der britischen Insel rechnen mußte – Verzweiflung unter den Flüchtlingen herrschte. Viele meiner Freunde hatten sich Gift verschafft – lebend wollten sie den Nazis nicht in die Hände fallen. Aber als sich Großbritannien zunächst ganz allein, dann gemeinsam mit der Sowjetunion und den USA militärisch gegen das Nazi-Reich behauptete, wurde London ein Zufluchtsort Verfolgter aus ganz Europa, soweit sie sich dorthin hatten retten können. Die Hauptstadt des damals noch bestehenden britischen Weltreichs wurde der Sitz der Exilregierungen besetzter Länder, und sie wurde auch ein Zentrum der Tätigkeit aus diesen Ländern geflohener Sozialisten.

Die Politik deutscher Sozialisten im Exil

Welchen Inhalt hatte die Politik deutscher Sozialisten im Exil in ihrem Kampf gegen das Nazi-Regime? Es gab neben den Sozialdemokraten, die im Exil eine ehemalige Massenpartei repräsentierten und sich als deren Treuhänder verstanden, einige kleine sozialistische Gruppen, die links von der SPD standen und die sowohl im Widerstand in Deutschland als auch in der Unterstützung dieses Widerstands durch ihre Arbeit im Exil sehr aktiv waren. Die wichtigsten dieser kleinen Gruppen waren die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die Gruppe Neu Beginnen und der Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK), dem ich angehörte. Diese Gruppen behielten auch in der Illegalität und im Exil ihre organisatorische und politische Selbständigkeit. Auf die Differenzen, die zwischen ihnen untereinander und zwischen ihnen und der großen Mutterpartei, der SPD, bestanden, brauche ich hier nicht einzugehen. Denn im Rückblick betrachtet waren diese Differenzen im Exil unbedeutend verglichen mit den Gemeinsamkeiten, die überwogen. Es ist darum gerechtfertigt, über *den* Widerstand sozialistischer Exilgruppen gegen den Nationalsozialismus zu sprechen.

Gemeinsam war allen sozialistischen Exilgruppen, daß ihre Verbindung mit ihren Genossen in Deutschland immer schwieriger wurde und während des Krieges fast ganz abriß. Das NS-Regime hatte seine Verfolgungsmethoden mehr und mehr perfektioniert, eine Widerstandsgruppe nach der anderen wurde von der Gestapo aufgespürt. Wenn den Mitgliedern der von ihr entdeckten Widerstandsgruppen nicht rechtzeitig die Flucht ins Ausland glückte, wurden sie verhaftet, gefoltert, zu langen Gefängnisstrafen verurteilt und oft hinterher ins Konzentrationslager gesperrt. Viele wurden hingerichtet, andere starben an den Folgen der Mißhandlungen in der Haft und an den Qualen in den Konzentrationslagern. Unter diesem totalen Terror wagten immer weniger Menschen, in irgendeiner Form politischen Widerstand zu leisten.

Zwar sind Hunderttausende von Sozialisten während der gesamten Nazi-Zeit ihren Überzeugungen treu geblieben und haben innerlich nie ihren Frieden mit diesem verbrecherischen Regime geschlossen. Aber neben dem Terror verfehlten die innen- und außenpolitischen Erfolge der Nazis und ihre äußerst geschickte Propaganda ihre Wirkung nicht. Die Menschen, die das NS-Regime ablehnten, gerieten immer mehr in die Isolierung. Viele hatten gehofft, daß sich eine breite Opposition gegen die Nazi-Machthaber in Deutschland entwickeln würde. Dazu kam es jedoch nicht. Zwar erlosch die Opposition gegen das NS-Regime nie, aber sie war stets eine kleine Minderheit, und eine noch kleinere Minderheit bildeten diejenigen, die ih-

rer Opposition aktiv Ausdruck gaben. So wurde die Möglichkeit, vom Exil aus den Widerstand in Deutschland mit Material zu beliefern, immer geringer und das Risiko für dessen mögliche Empfänger immer größer. Die Appelle, Manifeste und Veröffentlichungen der Exilgruppen richteten sich nun faktisch in erster Linie an die freie Welt. Botschaften und Informationen nach Deutschland konnten während des Krieges fast nur durch das Radio gesendet werden.

Die Sozialisten hatten schon in der Endphase der Weimarer Republik, als sich der unaufhaltsame Aufstieg der Nazis abzeichnete, gewarnt: Hitler bedeutet Krieg! In dieser Erkenntnis wurden sie im Exil schon sehr bald bestätigt, als sie die Berichte über die Aufrüstung und andere Kriegsvorbereitungen aus Deutschland erhielten. Die Warnung der Exilsozialisten vor den Kriegsabsichten der NS-Regierung waren vor allem für die Regierungen und die politischen Parteien ihrer Asylländer bestimmt. Die Exilsozialisten wollten einer Politik entgegenwirken, die von Großbritannien ausging und von Frankreich mitgemacht wurde, weil es von Großbritannien politisch abhängig war: die sogenannte Appeasement-Politik. Sie zielte darauf ab, die NS-Machthaber durch Nachgiebigkeit und Entgegenkommen zu befrieden. Die deutschen Exilsozialisten wiesen darauf hin, daß durch diese Politik Hitlers Eroberungspläne und sein maßloser Machthunger nur immer mehr gestärkt werden würden. Dafür hat es viele Beweise gegeben.

Eine gemeinsame Politik gegen Hitler kommt nicht zustande

Die Exilsozialisten wollten durch ihre Warnungen einen Krieg verhindern. Sie waren davon überzeugt, daß dann, wenn die Großmächte gemeinsam Hitler energisch entgegenzutreten und ihm drohen würden, daß sie seine dauernden und sich steigernden Verletzungen des Versailler Vertrags und des Völkerrechts nicht dulden werden, das NS-Regime in so große innenpolitische Schwierigkeiten geraten würde, daß sein Zusammenbruch möglich wäre. Aber all diese Warnungen und Vorstellungen der Exilsozialisten waren vergeblich – selbst die meisten britischen und französischen Sozialisten mißachteten sie. So hat ein hoch angesehener Abgeordneter der britischen Arbeiterpartei, der ehemalige Vorsitzende ihrer Fraktion im Unterhaus, George Lansbury, Hitler besucht und nach seiner Rückkehr erklärt, er sei vom Friedenswillen Hitlers überzeugt. Zwar war ein Teil der britischen und französischen Arbeiterbewegung anderer Meinung, er setzte sich jedoch gegen die Politik der Regierungen nicht durch.

Die Sowjetunion, die 1934 in den Völkerbund aufgenommen worden war, trat damals ebenfalls für eine Politik des Zusammengehens der Großmächte gegen die Aggressionshandlungen der faschistischen Regierungen ein. Bald darauf schlossen die Sowjetunion und Frankreich einen Beistandspakt; das förderte die Bildung einer Volksfrontregierung in Frankreich, die von Sozialisten geführt und von den Kommunisten unterstützt wurde. Auch im Exil fanden damals, ausgehend von den Kommunisten, Gespräche zwischen Sozialisten und Kommunisten über gemeinsame Aktionen statt. Nach einer kurzen Amtszeit scheiterte die Volksfrontregierung in Frankreich. In England blieben Volksfrontbemühungen eine vorübergehende Episode. Auch die Gespräche zwischen deutschen Sozialisten und Kommunisten, die in Frankreich stattfanden, verliefen ergebnislos. Der Grund war die Politik der Sowjetunion. Dort hatten unter der Diktatur Stalins 1935 riesige Prozesse gegen füh-

rende Kommunisten begonnen, gegen die die völlig absurde und rein erfundene Anklage erhoben worden war, sie hätten mit den faschistischen Mächten gegen die Sowjetunion konspiriert. Zwischen 1935 und 1938 wurden fast alle ehemaligen Mitarbeiter Lenins – also die alte Garde der russischen Kommunistischen Partei – in Schauprozessen verurteilt und hingerichtet. Gleichzeitig setzte eine sogenannte „Säuberung“ in der ganzen Sowjetunion ein, der auch eine große Anzahl deutscher und österreichischer Kommunisten, die vor dem Faschismus in die Sowjetunion geflohen waren, zum Opfer fielen. Sie wurden in sibirische Straflager gesperrt oder auf oft bis heute ungeklärte Weise umgebracht.

Im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1938), in dem auch deutsche und österreichische Sozialisten auf republikanischer Seite kämpften, gingen die von der Sowjetunion nach Spanien entsandten politischen Kommissare und die moskauhörigen Kommunisten auf ähnliche Weise gegen alle vor, die sich ihnen nicht unterwarfen. Die Moskauer Schauprozesse und die Rolle der Kommunisten im Spanischen Bürgerkrieg wirkten auch auf Sozialisten, die früher für ein Zusammengehen mit Kommunisten im Kampf gegen den Nationalsozialismus eingetreten waren, so abschreckend, daß auch im Exil eine Verständigung zwischen Sozialisten und Kommunisten unmöglich wurde.

Sozialisten solidarisieren sich mit dem Kampf aller Nazi-Gegner

Nach dem Machtantritt Hitlers setzten viele Sozialisten ihre Hoffnung darauf, daß sich das deutsche Volk, vor allem die Arbeiterschaft, früher oder später gegen die Nazi-Diktatur auflehnen und sie durch eine Revolution stürzen werde. Diese Perspektive kommt zum Ausdruck in dem Prager Manifest, das im Januar 1934 vom Exilvorstand der SPD herausgebracht wurde. Doch die tatsächliche Entwicklung verlief völlig anders. Die Warnungen der deutschen Sozialisten und anderer Nazi-Gegner vor Hitlers Aggressionsplänen wurden mißachtet. Dem NS-Regime wurde von den Großmächten ein außenpolitischer Erfolg nach dem anderen ermöglicht, und diese Erfolge haben zur Stärkung der Nazi-Diktatur in ihrem Machtbereich, der sich immer mehr erweiterte, beigetragen. Erst der deutsche Einmarsch in Prag im März 1939 führte zur Wende der Politik der demokratischen Staaten gegenüber dem Großdeutschen Reich. Als nach dem Abschluß des Paktes zwischen Hitler und Stalin der deutsche Angriff auf Polen begann, war für Großbritannien und Frankreich der Kriegsfall gegeben. Der Zweite Weltkrieg war entfesselt.

Sofort nach Ausbruch des Krieges im September 1939 veröffentlichte der SPD-Exilvorstand in Paris eine Erklärung, die ihrem Inhalt nach die Stellungnahme aller demokratischen Sozialisten im Exil, in allen Teilen der Welt, wiedergab. Ich zitiere einige Stellen aus dieser Erklärung:

„Mit einem verbrecherischen Angriff Hitlers hat der Krieg begonnen. [. . .] Die ganze Wucht der Schuld für das ungeheure Verbrechen an dem Frieden und an der Menschheit ruht auf Hitler und seinem System. [. . .] Der Sturz Hitlers ist deshalb das Ziel, für das wir kämpfen werden gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in Europa.

Hitler und der neue deutsche Militarismus sind eins. Die Niederlage und die endgültige Überwindung dieses Militarismus sind die Voraussetzungen für

den Frieden und die Neuorganisation Europas. Als verbündete Kraft an der Seite aller Gegner Hitlers, die für die Freiheit und die Kultur Europas kämpfen, werden wir im Kriege in diesem Sinne wirken."

(Zitiert nach: Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933–1945. Grundlagen und Materialien, Bonn 1982, S. 629).

Die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“

Für die in dieser Erklärung festgelegte Haltung traten die Exilsozialisten während des ganzen Krieges ein. Seit dem Frühjahr 1941 hatte sich in London die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ gebildet, deren Vorstand von der SPD, der SAP, dem ISK, Neu Beginnen und einem Vertreter der deutschen Gewerkschaftsorganisation gebildet wurde. Nach Kriegsende löste sich die Union auf, und die meisten ihrer Mitglieder traten der SPD bei.

Die Exilsozialisten haben sich, wie es in der vorhin zitierten Erklärung heißt, als Verbündete aller Gegner Hitlers verstanden. Doch das bedeutete nicht, daß sie die Politik der Regierungen, die den Krieg gegen das Nazi-Reich führten, in jeder Hinsicht billigten. Die Exilsozialisten betrachteten sich als die Vertreter des „anderen Deutschland“, also der Teile des deutschen Volkes, die ihren demokratischen Überzeugungen treu geblieben waren und dafür die größten Opfer gebracht haben. Weil die Exilsozialisten an die Existenz dieses „anderen Deutschland“ glaubten, weil sie überzeugt waren, daß dieses „andere Deutschland“ nach dem Sturz des Nazi-Regimes ihr Land demokratisch gestalten und für seine friedliche Entwicklung in der Gemeinschaft der Völker wirken werde, traten sie den Nachkriegsplänen der Alliierten entgegen. Die Exilsozialisten wiesen die These von der Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes für die Naziverbrechen zurück. Sie opponierten gegen die während des Krieges beschlossene Aufteilung Deutschlands und gegen die Abtrennung von Gebieten, die bis 1937 zum Deutschen Reich gehört hatten. Sie plädierten dafür, die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Existenzgrundlagen einem künftigen demokratischen Deutschland zu erhalten.

Von den Regierungen ihrer Asylländer wurden die Sozialisten jedoch keineswegs als Verbündete behandelt. Ihre Vorschläge und Vorstellungen für die Gestaltung Deutschlands nach dem Krieg wurden ignoriert. Auf die Politik der Mächte, die den Krieg gegen das Nazi-Reich gewonnen und den Frieden bestimmt haben, konnten die Exilsozialisten keinen Einfluß gewinnen.

Der sozialistische Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland und im Exil hatte außer dem gleichen Ziel auch das gleiche Los: die Machtlosigkeit.

Das „andere Deutschland“

Dennoch hatte dieser Widerstand einen Sinn. Er bewies in einer Zeit, als Deutsche der ungeheuerlichsten Verbrechen schuldig geworden waren, daß es tatsächlich auch ein „anderes Deutschland“ gab, daß es nie aufgehört hat zu bestehen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sind Sozialisten aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt und haben am Wiederaufbau ihres Landes mitgewirkt, manche an sehr

prominenter Stelle: in Berlin Ernst Reuter und Willy Brandt, in Hamburg die Bürgermeister Max Brauer und Herbert Weichmann, als führende Männer der SPD Herbert Wehner und Erich Ollenhauer, der verstorbene Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ludwig Rosenberg, die ehemaligen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner und Heinz Kühn – es wären noch viele frühere Exilsozialisten zu nennen, deren Beitrag aus der Geschichte der Bundesrepublik nicht wegzudenken ist. Einer dieser Männer, Erich Ollenhauer, nannte es „das Schönste, auf das wir in dunklen Tagen kaum noch zu hoffen wagten“, daß der Ruf aus der Heimat kam: „Komm zurück, wir brauchen Dich!“ Von solchen Gefühlen waren die meisten beseelt, die diesem Ruf gefolgt sind.

Dokumentenanhang

Bertolt Brecht: Über die Bezeichnung Emigranten

Zuerst erschienen in: *Bertolt Brecht: Svendborger Gedichte*, Malik-Verlag, London 1939

Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab: Emigranten.
Das heißt doch Auswanderer. Aber wir
Wanderten doch nicht aus, nach freiem Entschluß
Wählend ein anderes Land. Wanderten wir doch auch nicht
Ein in ein Land, dort zu bleiben, womöglich für immer.
Sondern wir flohen. Vertriebene sind wir, Verbannte
Und kein Heim, ein Exil soll das Land sein, das uns da aufnahm.
Unruhig sitzen wir so, möglichst nahe den Grenzen
Wartend des Tags der Rückkehr, jede kleinste Veränderung
Jenseits der Grenze beobachtend, jeden Ankömmling
Eifrig befragend, nichts vergessend und nichts aufgebend
Und auch verzeihend nichts, was geschah, nichts verzeihend.
Ach, die Stille der Stunde täuscht uns nicht! Wir hören die Schreie
Aus ihren Lagern bis hierher. Sind wir doch selber
Fast wie Gerüchte von Untaten, die da entkamen
Über die Grenzen. Jeder von uns
Der mit zerrissenen Schuhen durch die Menge geht
Zeugt von der Schande, die jetzt unser Land befleckt.
Aber keiner von uns
Wird hier bleiben. Das letzte Wort
Ist noch nicht gesprochen.

Quelle: Ernst Loewy (Hrsg.): *Literarische und politische Texte aus dem deutschen Exil 1933–1945*, Stuttgart 1979, S. 484f.

Ernst Reuter zum Motiv der Emigration

Ernst Reuter, der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin, 1933 Oberbürgermeister von Magdeburg, war nach Verhaftungen und Mißhandlungen in Gefängnissen und Konzentrationslagern 1935 in die Türkei geflohen. Schon bei Kriegsende bereitete er seine Rückkehr vor, die durch die Besatzungsmächte verzögert wurde.

In einem Brief vom 7. Januar 1946 schrieb er an einen Freund:

Dieses ist mein Credo in dieser Zeit . . . Wir müssen tun, was unsere Pflicht ist. Wir gingen aus Deutschland fort, weil wir unser nacktes Leben vor der Bestie retten mußten. Aber als mir das gelungen, waren meine Gedanken immer dort in der Heimat bei den Kameraden, die, wie ich wußte, die Fackel weitertrugen. Wir haben unser Leben gerettet, unsere Kinder bewahrt. Gut, welcher Grund könnte stichhaltig genug sein, uns von der Heimkehr nun noch abzuhalten?

*Quelle: Willy Brandt und Richard Löwenthal:
Ernst Reuter. Ein Leben für die Freiheit.
Eine politische Biographie, München 1957, S. 330*

Oranienburg

Erster authentischer Bericht eines aus
dem Konzentrationslager Geflüchteten

Von Gerhart Seger
Mitglied des Deutschen Reichstags
der V., VI., VII. und VIII. Wahlperiode

Mit einem Geleitwort von
Heinrich Mann

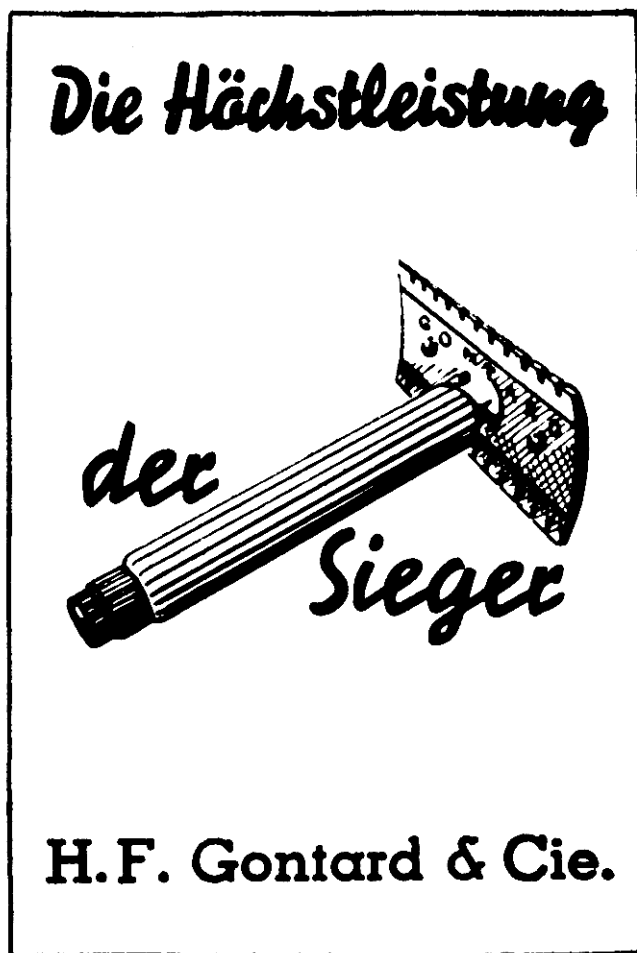
Verlagsanstalt Graphia, Karlsruhe.

Aus: Archiv der Sozialen Demokratie Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Tarnschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Exil

Das im Januar 1934 vom Exil-Vorstand der SPD beschlossene „Prager Manifest“ wurde als winzige Broschüre mit nachstehend abgebildeten Tarn-Umschlag von sozialdemokratischen Kurieren nach Deutschland geschmuggelt.

Quelle: Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn



DIE KUNST DES SELBSTRASIERENS

Neue Wege
männlicher Kosmetik

**H. F. G. & Cie.
Hamburg-London-Paris-
New York**

ten Einheitsstaates gebrochen. In den politischen Gemeinden werden für das Schul-, Wohlfahrts-, Gerichts- und Steuerwesen Selbstverwaltungskörper gebildet, denen die Beamten verantwortlich sind

IV. Die Revolution der Wirtschaft.

Aufgabe der Arbeiterschaft im neuen Staat ist die Anwendung der errungenen Staatsmacht zur Durchführung der sozialistischen Organisation der Wirtschaft. Die Vergesellschaftung der Schwerindustrie, der Banken und des Großgrundbesitzes ist kein Endpunkt, sondern nur der Ausgangspunkt für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft.

Die sozialistische Wirtschaftsorganisation beseitigt die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Sie überwindet damit die Wirtschaftskrisen und die Arbeitslosigkeit. An die Stelle der planlosen kapitalistischen Wirtschaft tritt die sozialistische Planwirtschaft. An die Stelle des kapitalistischen Profitstrebens tritt das Streben nach Deckung eines stets sich steigernden Bedarfes. An die Stelle

der regellosen Rationalisierung zur Erhöhung des Profits durch Ersparung von Arbeitskräften, an die Stelle der regellosen Aufblähung des Produktionsapparates auf Kosten des Konsums tritt die planmäßige Steigerung der Produktionskräfte, die gleichmäßige Erweiterung von Erzeugung und Verbrauch. An die Stelle des zerstörenden Kampfes der einzelnen Produktionszweige gegeneinander tritt ihre auf einander abgestimmte Entwicklung.

Die Leitung der Umorganisation obliegt der obersten sozialistischen Planstelle. Diese dient der Lenkung der gesamten Wirtschaft. Sie hat insbesondere folgende Aufgaben:

Aufstellung eines Wirtschaftsplanes für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft.

Schaffung einer Verwaltungsorganisation für die Verstaatlichung der Wirtschaftszweige unter Mitwirkung der Produzenten, Konsumenten und des Staates. Vorbereitung weiterer Sozialisierung kapitalistisch beherrschter Wirtschaftszweige. Regulierung der Steigerung der

Deutschland-Berichte

der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands (Sopade)

Prag I.

4. Jahrg. Nr. 6.

Juni 1937.

T e i l B

(Abgeschlossen am 10. Juli 1937)

I. Die Krise der deutschen Wehrwirtschaft

Im September 1936 wurden an dieser Stelle (Heft 9/1936, Teil B, Seite 1 - 38) die Ziele und Grundzüge der deutschen Wehrwirtschaft dargelegt. Seitdem hat die wehrwirtschaftliche Umstellung in Deutschland -propagandistisch unter dem Schlagwort des Vierjahresplanes zusammengefasst- bedeutende Fortschritte gemacht. Seitdem hat sich aber auch gezeigt, dass die Schwierigkeiten dieser Umstellung grösser sind, als die Machthaber wahrscheinlich selbst vorausgesehen haben. Sie liegen nicht so sehr in der Aufbringung der Kapitalien und in der damit zusammenhängenden ungenügenden Versorgung des Volkes, als in der unzureichenden Rohstoffbeschaffung. Das Volk hat die Machthaber nicht enttäuscht, es hat sich alle die Entbehrungen auferlegen lassen, die nötig sind, um durch Minderverbrauch die volkswirtschaftlichen Ersparnisse bereitzustellen, ohne die der Vierjahresplan nicht finanziert werden kann. Aber die Rohstoffnot, vor allem der Mangel an Eisen und Stahl, erweist sich immer mehr als eine Gefahr für die Durchführung des Gesamtplans, so dass man geradezu von einer Krise der deutschen Wehrwirtschaft sprechen kann. Im folgenden wird versucht, den Charakter dieser Krise zu erklären und ihre Wirkungen, insbesondere auf die deutsche Aussenpolitik, darzustellen.

1) Die Zwangslage der deutschen Wehrwirtschaft

a) Rekordziffern der deutschen Produktion

Die deutsche Wirtschaft bietet ausserlich zur Zeit das Bild einer seit Kriegsende nicht erlebten Hochkonjunktur. In entscheidenden Wirtschaftszweigen sind die Kapazitätsgrenzen erreicht. Ein weiterer Aufschwung stösst auf Schwierigkeiten

Unwissenheit über Nazi-Deutschland

Mary Saran, bis 1933 Fürsorgerin bei den Berliner Elektrizitätswerken, war durch ihre Tätigkeit im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK), in den Gewerkschaften und in sozialpolitischen Organisationen bekannt geworden. 1933 floh sie über das Sargebiet, dann Dänemark, nach England. Ihre Memoiren sind 1976 unter dem Titel „Never Give Up“ in London erschienen. Nachstehend Auszüge aus der deutschen Übersetzung:

Eine Aufforderung, über Deutschland zu reden, nahm ich stets an. Dabei stellte ich ständig fest, wie nötig es war, die Menschen über die Entwicklung unter Hitler und die internationale Gefahr, die von ihm ausging, aufzuklären. Die Fragen, die ich immer wieder zu beantworten hatte, verrieten große Unwissenheit. So war beispielsweise die Tatsache, daß Hitler seine politischen Gegner noch früher verfolgt hatte als die Juden, weithin unbekannt. „Aber Sie sind doch keine Jüdin, warum mußten Sie denn Deutschland verlassen?“, wurde ich oft gefragt. Oder: „Tut denn Hitler nicht etwas für Deutschland, da er ja den Menschen Arbeit und nationalen Zusammenhalt gibt?“ Oft hörte ich die Bemerkung: „Der Versailler Vertrag war ungerecht. Nun, da er durch Hitler außer Kraft gesetzt wurde, werden sich die Dinge sicher beruhigen.“

[. . .]

Die Reaktionen auf Hitler, die ich in Großbritannien beobachtete, ähnelten fatal denen in Deutschland, als sein Aufstieg zur Macht begann. Seine fieberhaften Vorbereitungen, Europa zu erobern, die sofort einsetzten, nachdem er das deutsche Volk unter seine Botmäßigkeit gebracht hatte, wurden viel zu leicht genommen. Damals wurde nicht erkannt, daß die nationale Existenz Großbritanniens auf dem Spiel stand und der Wille zu gemeinsamer Aktion fehlte. Viele britische Sozialisten, eine zeitlang selbst manche meiner engen Freunde, waren von pazifistischen Gefühlen und Gedanken beherrscht. Mir fiel es schwer, ihren Argumenten mit Geduld zu begegnen. Der gefühlsmäßige Widerstand gegen eine britische Aufrüstung war verständlich, er unterstützte aber die Appeasement-Politik gegenüber Hitler. Wir litten Qualen, zusehen zu müssen, wie Hitler über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinwegging, ohne auf Widerstand zu stoßen und wie er bei der deutschen Aufrüstung und den Kriegsvorbereitungen immer selbstherrlicher wurde. Sein Ziel war doch ganz klar die Faschisierung Europas. Welch eine Abneigung empfand ich gegen die bekannte linke Zeitschrift „New Statesman“, die sich in dieser Frage vor einer klaren Stellungnahme drückte! Die Appeasement-Politik wurde zweifellos von weiten Kreisen bejaht. Umso erstaunlicher war die Erfahrung des Jahres 1940, als mit wenigen Ausnahmen das gesamte britische Volk dem Ruf Churchills, Widerstand zu leisten, aus vollem Herzen folgte.

Quelle: Mary Saran: Gib niemals auf. Erinnerungen. (Hektographiert, Bonn 1979), S. 120 und 131f.

Keine Unterstützung für Flüchtlinge mehr

Das französische Matteotti-Komitee – genannt nach dem 1924 von Faschisten ermordeten italienischen Sozialisten Giacomo Matteotti –, dessen Vorstand (Comité Exécutif) Vertreter der französischen und der internationalen Arbeiterbewegung angehört, verfügte über einen Unterstützungsfonds für politisch verfolgte. Er war jedoch schnell erschöpft, wie der folgende Brief zeigt.

Paris, den 30. März 1934.

An die Matteotti- und Flüchtlings-Komitees.

Werte Genossen!

Die finanzielle Lage des Comité Matteotti Français hat das Comité exécutif zu der Entscheidung gezwungen, die materielle Unterstützung der deutschen politischen Flüchtlinge in Frankreich einzustellen. Das Comité bleibt aufrechterhalten zur Beratung der Flüchtlinge und richtet sein Hauptaugenmerk fortan in erster Linie auf die Vermittlung von Arbeitsplätzen und die evtl. Beschaffung von Protektoratsstellen.

Wir bitten Sie hierdurch, von der Einstellung finanzieller Unterstützung Kenntnis zu nehmen und die Flüchtlinge in Ihrem Lande bzw. Comité die evtl. die Absicht haben sollen, nach Frankreich zu gehen, ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß seitens des CMF auf keinerlei Geldunterstützung mehr gerechnet werden kann.

Darüber hinaus bitten wir, alle Flüchtlinge ausdrücklich zu warnen, nach Frankreich zu kommen, da im Verlauf der politischen Ereignisse in Frankreich die polizeilichen Bestimmungen derart verschärft worden sind, daß keine Hoffnung besteht, Flüchtlinge, die aus einem anderen Lande nach Frankreich kommen, Aufenthaltsbewilligung zu verschaffen. Selbst den politischen Flüchtlingen, die als erstes Land Frankreich als Asylland aufsuchten, wird die Aufenthaltsbewilligung jetzt entzogen oder verweigert.

Wir bitten, diese Warnung insbesondere der politischen Emigration in den Nachbarländern Frankreichs eindringlich bekanntzugeben. Besonders weisen wir auch darauf hin, daß das CMF nicht über die Mittel verfügt, um Reisezuschüsse oder Wegzehrung geben zu können.

Mit sozialistischem Gruß

Le Comité Exécutif: W. Schevenels

Quelle: Bestand Sopade 74 im Archiv für Soziale Demokratie, Bonn

Kundgebung einer Konferenz deutscher Emigranten in Paris am 2. Februar 1936

Kundgebung an das deutsche Volk

Über hundert Vertreter des freiheitlichen deutschen Bürgertums und der deutschen Arbeiterschaft aller Richtungen, die Anfang Februar 1936, drei Jahre nach dem Beginn des gegenwärtigen deutschen Regimes, zu einer Tagung im Ausland versammelt waren, beschließen ihre Prüfung und Aussprache einmütig wie folgt:

Sie stellen fest:

- 1) Die gegenwärtige deutsche Regierung hat die wirtschaftlichen und sozialen Zustände durch Vergeudung, Rüstung, Zerstörung des Außenhandels und Zertrümmerung der Kaufkraft zerrüttet. Unter diesem Regime ist fortschreitende Verschlimmerung unausbleiblich.
- 2) Die gegenwärtige deutsche Regierung hat durch das undeutsche System der Willkür, der Gewalt, des Gewissenszwanges und der persönlichen Bereicherung der Machthaber eine tiefe und einheitliche Sehnsucht nahezu aller Deutschen, ausgenommen der direkten Nutznießer des Systems, nach dem Ende dieses Terrors und nach Wiederherstellung der elementarsten Menschenrechte ausgelöst.

Sie erklären und fordern:

- 1) Die Wiederherstellung dieser elementaren Rechte geht in der Gegenwart allem anderen voran. Die einzelnen Parteien und Gruppen werden aufgerufen, sich zusammenzufinden und ohne Aufgabe ihrer programmatischen Ziele ihre ganze Kraft auf die Verwirklichung folgender allgemein gültiger und fundamentaler Postulate zu richten:

Freiheit der Gesinnung, der Meinungsäußerung, der Forschung und der Lehre;
Freiheit des Glaubens und der Religionsausübung;
Freiheit der Person;
Achtung der Heiligkeit des menschlichen Lebens;
Rechtssicherheit und Gleichheit vor dem Gesetz;
Verantwortlichkeit und Absetzbarkeit der oberen Staatsorgane;
Kontrolle über die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben;
Ausrottung der Korruption und der parasitären Parteiherrschaft.

- 2) Jede Gruppe und alle Einzelnen, die diese elementaren Forderungen als ihre eigenen empfinden, werden feierlich aufgerufen, sich als Kampfgefährten und als Verbündete jeder anderen Gruppe und aller anderen einzelnen zu fühlen und zu betätigen, von denen feststeht, daß sie die gleichen Forderungen als ihre eigenen empfinden. Es ist ihre Pflicht, über alle Klassen-, Gruppen- und Parteischranken hinweg überall und in jeder Lage Freundschaft miteinander zu suchen und zu pflegen, Beistand und Schutz einander zu bieten und zu leisten.

[. .]

Quelle: Ursula Langkau-Alex, Volksfront für Deutschland?, Frankfurt a. M. 1977, S. 210f.

Erklärung des Exilvorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt 1939

Der Nichtangriffspakt, den Hitler und Stalin abgeschlossen haben, ist in der Stunde der höchsten Gefahr ein Verrat am Frieden.

Die Sowjetunion hat mit der Unterzeichnung dieses Paktes das Spiel Hitlers gespielt. Im Ringen zwischen der Friedensfront der europäischen Demokratie und der Kriegs- und Expansionspolitik des deutschen Faschismus hat sich die Sowjetunion für den deutschen Faschismus entschieden und Hitler für seine Angriffspläne gegen Polen freie Hand gegeben. Für die Verschärfung der Kriegsgefahr in Europa seit der Unterzeichnung dieses Paktes trägt Stalin die volle Verantwortung.

[. .]

Stalin hat damit der deutschen Opposition gegen Hitler und insbesondere den deutschen Arbeitern, die in Hitlerdeutschland unter den schwersten Bedingungen der Illegalität für den Sturz der Diktatur kämpfen, einen schweren Schlag versetzt.

Die deutsche Sozialdemokratie, die ihre selbständige Stellung gegenüber der Politik der Sowjetunion stets bewahrt hat, verurteilt mit aller Schärfe den Schlag der Sowjetunion gegen den Frieden und die Freiheit in Europa. Sie erneuert ihr Bekenntnis, ihren Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur und für die Schaffung eines freien Europa gemeinsam mit all denen fortzusetzen, die für die Freiheit und den Frieden kämpfen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat wie die übrigen Sektionen der Kommunistischen Internationale den Abschluß dieses unheilvollen Paktes als eine Großtat Stalins für den Frieden gefeiert. Sie hat damit erneut bewiesen, daß sie keine andere Aufgabe kennt als die einer Propagandaorganisation für die Außenpolitik der Stalindiktatur im Ausland.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat in Übereinstimmung mit den Vertrauensleuten der Partei in Deutschland die Zusammenarbeit mit den Kommunisten in den zurückliegenden Jahren stets abgelehnt. Angesichts der jetzt durch den Verrat Stalins geschaffenen internationalen Situation, angesichts der würdelosen Haltung der Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands unterstreicht der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seine Weigerung, in irgendeiner Verbindung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands zu treten, oder in Organisationen mitzuarbeiten, denen auch Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands angehören. Er erwartet von allen Mitgliedern der Partei, daß sie im gleichen Sinne handeln.

Paris, Ende August 1939.

Quelle: Bestand Emigration Sopade 165 im Archiv für soziale Demokratie, Bonn

Sina Walden über das Schicksal des Rußland-Emigranten Herwarth Walden

Der Schriftsteller Herwarth Walden war der Gründer der Zeitschrift „Der Sturm“ (1910), die insbesondere für die Kunstrichtung des Expressionismus eintrat. Wie viele linke Intellektuelle und Künstler sympathisierte Walden mit der Sowjetunion, ohne selber Kommunist zu sein. Seine Tochter schildert ihre Bemühungen, Näheres über sein Schicksal nach seiner Verhaftung in Moskau zu erfahren:

Mein Vater Herwarth Walden wurde am 13. März 1941 in Moskau im Hotel Metropol verhaftet. [. . .]

Bis zum Tode Stalins bzw. bis zum 20. Parteitag (1956) waren Nachforschungen nach dem Verbleib von Gefangenen zwecklos. Aber auch später gingen alle Versuche, etwas über das Schicksal meines Vaters zu erfahren, ins Leere. Die sowjetische Botschaft in Bonn verwies mich schließlich in einem nicht gezeichneten Formschreiben an das ZK der KPdSU. Schriftliche Anfragen an das ZK blieben unbeantwortet. So entschloß ich mich 1966, selbst nach Moskau zu fahren und mich um offizielle Informationen zu bemühen.

In der öffentlichen Sprechstunde des ZK merkte ich schnell, daß ich auf diesem Wege nichts erfahren konnte. Der Publikumsverkehr spielt sich dort so ab, daß man durch ein vergittertes Fenster unter Bewachung durch einen bewaffneten Uniformträger sein Anliegen vorträgt, nach Stunden wieder aufgerufen wird und dann per Telefon aus einer bewachten Zelle mit einem unsichtbaren Sachbearbeiter sprechen darf . . . Meine Bitte um einen Dolmetscher machte den Uniformierten ratlos. Westliche Journalisten in Moskau gaben mir verschiedene Ratschläge, wie ich weiterkommen könnte. Ich ging u. a. zum Roten Kreuz, wo man meine Angaben sachlich entgegennahm, und zuletzt unter Umgehung aller ordnungsgemäßen Wege direkt in das gewaltige Hauptgebäude des ZK. Dort verlangte ich einen Dolmetscher und nach Überwindung der ersten Verwirrung über mein formloses Vorgehen wurde tatsächlich einer gerufen. Der freundliche junge Mann, der in die Eingangshalle herunterkam, sprach perfekt deutsch und wußte erstaunlich gut über meinen Fall Bescheid. Er bestätigte, daß es eine Akte Herwarth Walden mit den verschiedenen Anfragen gäbe, und versicherte mir, daß ich in einigen Monaten schriftlich Nachricht erhalten würde.

Ein knappes halbes Jahr später erhielt ich dann auch wirklich über das Deutsche Rote Kreuz folgende Mitteilung: Herwarth Walden sei am 31. Okt. 1941 in Saratow/Wolga an Herzmuskeldekompensation verstorben. In einem Zusatz hieß es, daß er „rehabilitiert“ wurde. (Weitere Nachfragen, was es mit dieser Rehabilitation auf sich habe und ob ich Aussicht hätte, das beschlagnahmte Eigentum meines Vaters, d. h. seine Bibliothek und seinen schriftstellerischen Nachlaß zu erhalten, blieben wieder unbeantwortet).

Kurz danach erfuhr ich zufällig von einem Artikel in der französischen Zeitschrift *Le Contrat Social*, in dem der polnische Schriftsteller Alexander Wat über Begegnungen in sowjetischen Lagern berichtete und auch Herwarth Walden erwähnte. Ich fand Alexander Wat nach langem Suchen in einem Ferienhotel auf Mallorca, einen todkranken, in siebenjähriger Lagerzeit körperlich zum Wrack gewordenen, überaus lebenswürdigen alten Mann. (Er starb kurz darauf.) Wat berichtete mir, wie er nach Evakuierung der Lubjanka (Juli? 1941) in einem Eisenbahntransport nach Sa-

ratow verfrachtet wurde. „In der Gespenstermenge“ auf dem Fußmarsch vom Bahnhof zum Gefängnis entdeckte er Herwarth Walden, den er von Berlin her kannte. Sie konnten sich Zeichen geben. Im Gefängnis versuchte er dann alles, um Kontakt aufzunehmen, aber vergeblich. Erst als er mit Hungerödemen ins Gefängnislazarett kam, erfuhr er von einer Putzfrau, daß Herwarth Walden einige Tage zuvor im Nebenzimmer gestorben war. Das war im Oktober 1941. Nach Wats Bericht starben die meisten Gefängnisinsassen von Saratow an Hunger und Durst, da die Verpflegung nur aus Heringsköpfen bestand.

Nach Zeit und Ort decken sich die absolut glaubwürdigen Auskünfte Alexander Wats mit den offiziellen Angaben aus Moskau, so daß man diese Daten jetzt als gesichert betrachten kann.

Alexander Wat wiederholte noch mehrmals, ich solle über den schnellen Tod meines Vaters „froh“ sein, denn das Lazarett von Saratow sei noch der menschlichste Ort gewesen, den er in sieben Jahren gesehen habe.

Quelle: Europäische Ideen (Berlin), Heft 14/15, 1976, S. 14f.

Gerechte Strafe für die Naziverbrechen an den Juden

Die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ hat am 18. Dezember 1942 folgende Kundgebung beschlossen:

„Wir deutschen Sozialisten teilen mit der ganzen zivilisierten Welt die Empfindungen des Schmerzes, des Abscheus und der Erbitterung über den beispiellos grausamen und unfäßbar unmenschlichen Vernichtungsfeldzug des Hitlerregime gegen die Juden in allen von Hitlerdeutschland okkupierten Ländern Europas. In der kaltblütigen, vorsätzlichen Ermordung von Millionen wehrloser Männer und Frauen, Greisen und Kindern offenbart sich von neuem der wahnwitzige Barbarismus der Nazidiktatur. Wir gedenken in dieser Stunde besonders der tapferen jüdischen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, die als Sozialisten die Bedrohung von Freiheit und Menschlichkeit durch den Faschismus von Anfang an erkannten und sich ihm gemeinsam mit den organisierten Arbeitern im offenen Kampf – wie in der heldenmütigen Verteidigung von Warschau – und im Dunkel der Illegalität unter Einsatz ihres Lebens entgegenstellten.

In unserem Kampf gegen den Nationalsozialismus war neben der Ablehnung der sozialreaktionären und nationalistisch-militaristischen Tendenzen des Nationalsozialismus die grundsätzliche und unbedingte Gegnerschaft gegen das Rassen- und Herrenvolk-Prinzip der Nazis, das heute in der physischen Vernichtung des europäischen Judentums seinen brutalsten Ausdruck findet, eines der wesentlichen geistigen und sittlichen Elemente unseres Widerstandes.

Wir verbinden auch heute den Ausdruck unseres Schmerzes und unseres Protestes mit dem erneuten Bekenntnis zu dem fundamentalen Prinzip sozialistischer Anschauungen, daß jeder Mensch, welcher Rasse oder Farbe er angehören mag, das gleiche Recht auf persönliche Freiheit, auf soziale Sicherheit und auf politische Mitbestimmung haben muß. Das Schreckensregiment der Hitlerdiktatur und die Leiden, die die europäischen Juden jetzt durch diese Diktatur erfahren, haben unseren Entschluß zum Kampf für die Überwindung der Hitlerdiktatur durch eine sozialistische Ordnung, frei von Rassenwahn und Rassenhaß, nur verstärken können. Wir sprechen heute als deutsche Sozialisten in der Emigration, fern von unseren Kameraden in der Heimat, die seit einem Jahrzehnt durch das gleiche Regime unterdrückt, verfolgt und gemartert werden. Wir wissen, daß sie, getreu ihrer sozialistischen Gesinnung, unsere Empfindungen und Auffassungen teilen und zu ihrem Teil aktiv am Sturz des Hitlerregimes mithelfen werden. Sie werden auch mit uns einig sein in der Entschlossenheit, alles zu tun, damit die Verantwortlichen und die Werkzeuge des Hitlerregimes für alle ihre Verbrechen innerhalb und außerhalb Deutschlands ihre gerechte Strafe erleiden.“

Aus: Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien (Hrsg.): Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien, London 1945, S. 30.

Die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ nimmt Abschied vom Exil

Fast fünf Jahre lang haben deutsche Sozialisten in der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ kameradschaftlich und erfolgreich zusammengearbeitet. Die Kundgebungen und Beschlüsse, die wir in dieser Schrift wiedergeben, zeigen Richtung und Inhalt der gemeinsamen Arbeit. Sie sind geboren in den schweren Jahren des Krieges und aus dem Willen heraus, für die Sozialisten in Deutschland zu sprechen, die die Hitlerdiktatur zum Schweigen verurteilt hatte. Als Dokumente dieser härtesten Periode in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung werden sie auch in der Zukunft Bedeutung behalten.

Die „Union“ war ferner bemüht, einen Beitrag zu leisten für den Wiederaufbau der sozialistischen Bewegung in Deutschland nach dem Sturz des Nationalsozialismus. In den programmatischen Richtlinien die wir nunmehr unseren Freunden in Deutschland vorlegen, haben wir Anregungen und Vorschläge für die kommenden Diskussionen über Programm und Politik der neuen deutschen Sozialdemokratie entwickelt. Manche der vorgeschlagenen Lösungen werden umstritten sein. Wir wissen aus unseren eigenen Beratungen, daß es auch unter Sozialisten ernste sachliche Meinungsverschiedenheiten gibt und wohl auch immer geben wird. Aber unsere Beratungen haben auch bewiesen, daß es unter demokratisch und freiheitlich gesinnten Sozialisten eine breite Basis gemeinsamer Grundauffassungen gibt, stark genug, um darauf eine einheitliche und aktionsfähige Partei aller Sozialisten aufzubauen. Die Tatsache, daß sich jetzt in Deutschland die Errichtung der einheitlichen Sozialdemokratischen Partei vollzieht, ist die stärkste Ermutigung, die wir finden konnten.

Die Aufgabe der deutschen politischen Emigration geht zu Ende. Die Führung des politischen Kampfes der deutschen Sozialisten und die öffentliche Vertretung ihrer Ansichten und Forderungen geht über auf die wiedererstehende Bewegung in Deutschland. Mit der Entstehung einer einheitlichen Sozialdemokratischen Partei in Deutschland verliert die „Union“ auch als eine Arbeitsgemeinschaft mehrerer sozialistischer Gruppen ihren Existenzgrund. Unsere Arbeit hat den erfreulichsten und hoffnungsvollsten Abschluß gefunden, der denkbar war. Sie mündet in die Arbeit für den Wiederaufbau, den Kampf und den Sieg der neuen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Vielen haben wir für das Interesse und die Mitarbeit zu danken, die den Erfolg der „Union“ ermöglicht haben. Vor allem aber haben wir unserem Vorsitzenden, Hans Vogel, zu danken, der in so tragischer Weise kurz vor seiner Rückkehr nach Deutschland verstorben ist. Wir handeln in seinem Geist, wenn wir die Kameradschaft und die Sachlichkeit, die unsere gemeinsame Arbeit in der „Union“ unter seiner Führung ausgezeichnet haben, lebendig erhalten in der Arbeit für den Sozialismus und den Frieden, die wir nun wieder in der Sozialdemokratie in Deutschland aufnehmen.

London, Ende November 1945.

Exekutive der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien.“ Willi Eichler, Hans Gottfurcht, Erich Ollenhauer, Wilhelm Sander, Erwin Schöttle, Gustav Sprewitz.

Aus: Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien (Hrsg.): Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien, London 1945, S. 2.

Zur Person

Susanne Miller, 1915 geboren, ist in Wien aufgewachsen und wurde dort Mitglied des Sozialistischen Studentenbundes. Im Londoner Exil trat sie dem „Internationalen Sozialistischen Kampfbund“ (ISK) bei, der sich 1941 der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ anschloß.

Anfang 1946 zog sie nach Köln und war von da an in der SPD tätig. Sie war Vorsitzende der Frauengruppe der SPD-Mittelrhein und Vorstandsmitglied der „Sozialistischen Bildungsgemeinschaft“ von Nordrhein-Westfalen. Beruflich arbeitete sie in dieser Zeit als Sekretärin beim Parteivorstand der SPD, seit 1964 bis zu ihrer Pensionierung 1978 als wissenschaftliche Referentin in der „Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ in Bonn.

Zur Zeit ist sie Vorsitzende der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, Vorstandsmitglied der „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“ (AvS); sie gehört dem Beirat der Bundeszentrale für politische Bildung an. Seit 1954 lebt sie in Bonn.

Veröffentlichungen u. a.: „Das Problem der Freiheit im Sozialismus“ (1963); „Burgfrieden und Klassenkampf“ (1974); „Die Bürde der Macht“ (1978); „Rahmenbedingungen für das politische Wirken im Exil“, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): „Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933–1945“ (1982); zusammen mit Heinrich Potthoff: „Kleine Geschichte der SPD“ (5. Aufl. 1983); Herausgeberin mit Thomas Meyer und Joachim Rohlfes: „Lern- und Arbeitsbuch deutsche Arbeiterbewegung“ (3 Bände, 1984).